

1. Allgemeine Bestimmungen

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“) gelten für die alle durch B.net Burgenland Telekom GmbH (B.net), Marktstraße 3, 7000 Eisenstadt, zu erbringenden Telefoniedienste (auch als „Dienste“ bezeichnet). B.net erbringt ihre Dienste ausschließlich nach dem Inhalt der von ihr angenommenen Bestellung und auf Basis dieser AGB. Mit Abschluss des Vertrages sind gelten diese AGB als angenommen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden, deren Bestimmungen zu diesen AGB in Widerspruch stehen, gelten nur, wenn sich B.net diesen ausdrücklich und – außer bei Konsumenten – schriftlich unterworfen hat. Diese AGB gelten auch für künftige Geschäfte zwischen den Vertragsparteien, auch wenn bei einem künftigen Vertragsabschluss nicht gesondert darauf Bezug genommen wird.

1.1 Veröffentlichung der AGB

Diese AGB liegen in ihrer jeweils gültigen Fassung am Unternehmenssitz und an den Vertriebsstellen der B.net auf, und sind ebenfalls im Internet auf der Homepage von B.net (www.bnet.at) abrufbar.

1.2 Änderungen der AGB

B.net ist berechtigt, diese AGB bei Bedarf im sachlich gerechtfertigten Ausmaß abzuändern. Die aktuelle Fassung ist auf der Website von B.net (www.bnet.at) unter dem Menüpunkt „AGB“ abrufbar, bzw. wird dem Kunden auf Wunsch zugesandt. Sofern die Änderung den Kunden nicht ausschließlich begünstigt, wird die Änderung der AGB zwei Monate vor dem Wirksamwerden der neuen Bestimmungen kundgemacht. B.net wird den Kunden mindestens einen Monat vor in Kraft treten der Änderung von ihrem wesentlichen Inhalt in geeigneter Form, etwa durch Aufdruck auf einer periodisch gestellten Rechnung informieren. B.net wird den Kunden in dieser Mitteilung auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen und darauf hinweisen, dass er berechtigt ist, den Vertrag bis zum Inkrafttreten der Änderung kostenlos zu kündigen. In diesem Fall behält sich B.net das Recht vor, binnen zwei Wochen nach Erhalt der Kündigung zu erklären, am Vertrag zu den bisherigen Bedingungen festhalten zu wollen. Diesfalls ist die Kündigung des Kunden gegenstandslos. Darüber hinaus wird B.net den Volltext der Änderungen dem Kunden auf dessen Verlangen zusenden.

1.3 Befugnisse der Vertriebspartner und Dritter

Vertriebspartner von B.net sind ebenso wie Vertreter von B.net, die von B.net mit der Einrichtung der technischen Voraussetzungen für die Erbringung der Dienste betraut wurden, nicht berechtigt, für B.net rechtsverbindliche Erklärungen (insbesondere von den AGB abweichende Vereinbarungen, Reklamationen, Kündigungen, Einsprüche gegen Rechnungen, etc.) oder Zahlungen abzugeben oder entgegen zu nehmen. Erklärungen gelten nur dann als von B.net empfangen, wenn sie nachweislich schriftlich bei B.net eingelangt sind. Diese Bestimmung gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.

2. Zustandekommen des Vertrages

Das Vertragsverhältnis zwischen B.net und dem Kunden kommt durch Bestellung des Kunden und Annahme durch B.net zustande. Diese Annahme kann entweder durch eine (gegenüber Unternehmern schriftliche) Auftragsbestätigung, durch Erfüllung (Einrichtung oder Freischaltung des Dienstes) oder durch Übergabe des im Produkt inkludierten Equipments bzw. der bestellten Ware erfolgen. B.net ist berechtigt, die Annahme einer Bestellung von einer Sicherheitsleistung des Kunden in von B.net festzulegender Form (Kautions, Bankgarantie) oder von einer Vorauszahlung in angemessener Höhe abhängig zu machen. Angebote durch B.net gegenüber Unternehmern sind freibleibend, es sei denn, sie sind im Einzelfall ausdrücklich als verbindlich gekennzeichnet.

3. Vertragsgegenstand

3.1 Von B.net zu erbringende Dienste

Vertragsgegenstand ist die Bereitstellung von Telefoniediensten gemäß den im Vertrag vorgenommenen Spezifikationen ab dem im Vertrag festgelegten Bereitstellungszeitpunkt. Die Qualität der angebotenen Telefoniedienste entsprechen ETSI und ITU-Standards. Die Entscheidung über die Nichteinhaltung der Dienstqualität richtet sich nach den Bestimmungen der Punkte 7 und 8. Die Nutzung der Dienste durch Dritte, sowie jede Form der entgeltlichen oder unentgeltlichen Weitergabe der Dienste an Dritte, darf nur nach Erhalt der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung von B.net erfolgen. Die mit dem Kunden im selben Haushalt an der Anschlussadresse wohnenden Verwandten gerader Linie und Ehegatten bzw. Lebensgefährten des Kunden sind berechtigt, die Dienste an der Anschlussadresse angemessen mitzubenutzen.

3.2 Frist bei der Bereitstellung der Dienste

Die Bereitstellung der durch B.net zu erbringenden Dienste erfolgt innerhalb der im Vertrag vereinbarten Frist („Bereitstellungsfrist“), die – sofern im Vertrag nichts

anderes normiert ist – längstens zwei Monate beträgt. Diese Frist berechnet sich von dem Zeitpunkt, an dem B.net das Angebot des Kunden angenommen hat, bzw. von dem Zeitpunkt, an dem der Kunde alle ihm obliegenden technischen oder sonstigen Voraussetzungen, wie im jeweiligen Vertrag beschrieben, geschaffen und dies B.net nachweislich mitgeteilt hat. Im Zweifel beginnt die Frist für die Bereitstellung ab dem zuletzt eingetretenen Erfordernis zu laufen. Der Tag, an dem die Bereitstellungsfrist endet („Bereitstellungstermin“) markiert auch den Leistungsbeginn durch B.net. Wird der Bereitstellungszeitpunkt aus Gründen, die ausschließlich von B.net (oder von ihren Erfüllungsgehilfen) zu vertreten sind, um mehr als vier Wochen überschritten, verpflichtet sich B.net, dem Kunden eine Gutschrift in der Höhe von einem Viertel des monatlich zu leistenden Entgelts pro weiterer Woche der Überschreitung des Bereitstellungszeitpunkts zu gewähren. Ein darüber hinausgehender Schadenersatz ist ausgeschlossen, bei Verbrauchern jedoch nur insoweit, als er aufgrund leichter Fahrlässigkeit verursacht wurde und sofern daraus keine Personenschäden resultieren.

3.3 Störungsbehebung

Bei Abschluss des Vertrags erhält der Kunde eine Hotline-Nummer, unter der er bei Störungen telefonischen Support erhält. Die allgemeine Servicenummer von B.net lautet 0 800-888 9003 und ist Montag bis Freitag von 8 – 17 Uhr besetzt. Störungen bei der Erbringung von Diensten, die nachweislich im Verantwortungsbereich von B.net liegen, werden spätestens innerhalb von 2 Wochen nach Information durch den Kunden behoben. Bei Überschreitung dieser Frist gilt Punkt 3.2 sinngemäß. Eine Beauftragung anderer Unternehmen mit der Problembeseitigung ist nur zulässig, wenn B.net ihrer Pflicht nicht binnen vier Wochen nach Ablauf der hier vorgesehenen Frist nachkommt. Der Kunde hat B.net bei der Spezifizierung und Lokalisierung von Störungen, Fehlerquellen und Ähnlichem kostenlos im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Insbesondere hat der Kunde im Falle von Störungen B.net unverzüglich ungehinderten Zugang zu dem in seinen Räumen installierten Equipment sowie erforderlichenfalls zu allen Endgeräten zu gewähren. Allfällige Verzögerungen bei der Zugänglichmachung verlängern die von B.net einzuhaltende Entschädigungsfrist entsprechend. Darüber hinaus hat der Kunde B.net für jenen Aufwand zu entschädigen, der dadurch eingetreten ist, dass B.net bzw. ein von ihm beauftragter Dritter zu einer Störungsbehebung gerufen und festgestellt wird, dass keine Störung bei der Bereitstellung der vertraglich vereinbarten Dienste vorliegt, bzw. die Störung vom Kunden zu vertreten ist. Vom Kunden zu vertretende Verzögerungen bei der Durchführung der Störungsbehebung bewirken kein Freiwerden von der Pflicht des Kunden zur Bezahlung der monatlichen Entgelte.

4. Rechte und Pflichten des Kunden

4.1 Pflicht zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen

Der Kunde verpflichtet sich, die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu beachten und übernimmt gegenüber B.net die alleinige Verantwortung für die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften. Er wird B.net vollständig schad- und klaglos halten, falls letztere wegen vom Kunden in den Verkehr gebrachten Inhalten gerichtlich oder außergerichtlich berechtigterweise in Anspruch genommen wird. Diesfalls steht B.net allein die Entscheidung zu, welche Maßnahmen sie ergreift (Streiteinlassung, Vergleich etc.). Der Kunde kann diesfalls nicht den Einwand unzureichender Verteidigung erheben, es sei denn, B.net ist bei der Wahl ihrer Vorgangsweise grob fahrlässig vorgegangen.

4.2 Beeinträchtigung Dritter

Der Kunde verpflichtet sich, die durch B.net erbrachten Dienste in keiner Weise oder Form zu gebrauchen, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, zur Beeinträchtigung Dritter führt, oder für B.net oder Dritte sicherheits- oder betriebsgefährdend ist. Verboten sind demnach insbesondere unerbetenes Werben oder jede Benutzung des Dienstes zur Übertragung von Drohungen, Obszönitäten, Belästigungen oder zur Schädigung anderer Teilnehmer, insbesondere bedrohende oder belästigende Anrufe. Der Kunde verpflichtet sich, B.net hinsichtlich aller Ansprüche schad- und klaglos zu halten, die sich aus der Nichteinhaltung der vorhin genannten Verpflichtungen ergeben, insbesondere in Zusammenhang mit Verfahren gegen B.net und/oder die Geschäftsleitung bzw. Mitarbeiter von B.net wegen übler Nachrede oder Ehrenbeleidigung, nach dem Mediengesetz oder nach dem Urheberrechtsgesetz. Darin sind auch zu zahlende Strafen welcher Art auch immer und die Kosten einer zweckentsprechenden Verteidigung umfasst. Der Kunde wird B.net jeden Schaden ersetzen, den B.net im Zusammenhang mit einer behördlich oder gerichtlich angeordneten Dienstunterbrechung oder Einstellungen wegen des Verdachtes der Verbreitung von verbotenen Inhalten über das B.net-Netz durch den Kunden erleidet.

4.3 Mitwirkungspflicht des Kunden/Sorgfältiger Umgang mit überlassenen Einrichtungen

Der Kunde stellt, falls erforderlich, auf seine Kosten sämtliche für die reibungslose Installation notwendige Hard- und Software in seiner Teilnehmerendeinrichtung

sowie sonstige notwendige Geräte zur Verfügung, sofern diese nicht aufgrund gesonderter Vereinbarung von B.net bereitzustellen sind. Weiters stellt der Kunde alle weiteren notwendigen technischen Voraussetzungen (z.B. Stromversorgung, geeignete Räume etc.) auf seine Kosten zur Verfügung und wird allenfalls erforderliche Zustimmungen Dritter, Genehmigungen oder Konzessionen einholen und alle erforderlichen Aufklärungen leisten (einschließlich sämtlicher Leitungen), um eine reibungslose Installation durch B.net zu ermöglichen. Der Lauf von Fristen beginnt für B.net erst nach Erhalt dieser Genehmigungen, Konzessionen oder Zustimmungen. Der Kunde verpflichtet sich, sämtliche Aufwendungen, die in den Räumen des Kunden oder an Gebäudeteilen durch die Herstellung, Instandhaltung, Änderung oder Abtragung von Einrichtungen, die zur Erbringung der Dienste durch B.net notwendig oder zweckmäßig sind, trotz sachgemäßer Durchführung von Arbeiten nötig werden, zu tragen, sofern nichts anderes (bei Unternehmern: schriftlich) vereinbart wurde.

4.4 Verwendung einer geographischen Rufnummer

Der Kunde ist verpflichtet, eine geographische Rufnummer ausschließlich am Standort der Anschlussadresse zu verwenden. Im Falle eines Providerwechsels kann der Kunde die von B.net vergebene Rufnummer mitnehmen. Dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Rufnummer innerhalb der gleichen Region verwendet wird. Bei Portierung der Rufnummer hat der Kunde ein Entgelt den entsprechend den Tarifbestimmungen zu bezahlen.

5. Entgelte, Entgeltänderungen, Kosten

5.1 Entgelte

Die Entgelte für die Zurverfügungstellung der Dienste sind im jeweiligen Vertrag angeführt. Aus dem Vertrag ergeben sich auch die anwendbaren Entgelte für die Installation und Wartung der durch B.net zur Verfügung gestellten Einrichtungen. Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die festgesetzten Entgelte die Telefoniedienste umfassen, nicht aber Gebühren, die von Dritten für die Nutzung von Diensten verlangt werden, sofern nichts anderes (für Unternehmer: schriftlich) vereinbart ist. Sofern im Vertrag nicht anders geregelt, verstehen sich alle im Vertrag und dessen Bestandteilen angegebenen Entgelte in Euro exklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer. In Verträgen mit Verbrauchern verstehen sich die angeführten Preise als Bruttopreise (Preis inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer).

5.2 Entgeltbestandteile

Das für die Bereitstellung der Dienste zu leistende Entgelt setzt sich aus einem nicht refundierbaren fixen bzw. vertragsdauerabhängigen Entgeltbestandteil für die Bereitstellung der Dienste und aus einem verkehrs- bzw. benutzungsabhängigen variablen Entgeltbestandteil, abhängig von ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme, zusammen. Bei Inbetriebnahme des Telefoniedienstes vor dem 15. des Monats wird der angefangene Monat verrechnet, bei Inbetriebnahme nach dem 15. des Monats startet die Verrechnung mit darauf folgendem Monat. Jedenfalls werden die anfallenden Gesprächsgebühren, unabhängig vom Verrechnungsbeginn des fixen Entgeltbestandteils, ab Inbetriebnahme verrechnet.

5.3 Änderung der Entgelte, Änderungskündigung

B.net behält sich – sofern im Einzelnen nicht anders geregelt – Änderungen der vereinbarten Entgelte vor: Sie ist berechtigt und bei Verbrauchern auch verpflichtet, ab Beginn des dritten Monats nach Vertragsabschluss mit dem Kunden jederzeit nach Eintritt von nicht in ihrer Sphäre liegenden Änderungen der für ihre Kalkulation relevanten Kosten (z.B. gesetzlich oder kollektivvertraglich bedingte Änderung der Lohnkosten, Kosten für Verrechnungs- und Bilanzierungssysteme, Stromkosten, Zusammenschaltungsgebühren, Kosten für die Inanspruchnahme von Telekommunikationsleitungen), eine Senkung oder Erhöhung der Entgelte für die von B.net zu erbringenden Dienste vorzunehmen. Dies gilt auch bei Änderungen oder der Neueinführung von Steuern oder anderen öffentlichen Abgaben, welche die Kalkulation der Entgelte beeinflussen. Sowohl Erhöhungen als auch Senkungen der Entgelte werden dem Kunden zeitgerecht und in geeigneter Weise vor dem Wirksamwerden der Änderung bekannt gegeben und gelten den Bestimmungen des § 25 Telekommunikationsgesetzes 2003 folgend als vereinbart. Darüber hinaus ist B.net berechtigt, bei auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Verträgen im Wege der Änderungskündigung Entgeltänderungen vorzunehmen. Solche Änderungen werden dem Kunden schriftlich mitgeteilt. Sie erlangen unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten (Datum der Absendung) zum Ende des Monats als Änderungskündigung auch für die bestehenden Verträge Wirksamkeit. Der wesentliche Inhalt von nicht ausschließlich begünstigenden Änderungen wird dem Kunden mindestens ein Monat vor Inkrafttreten der Änderungen in geeigneter Form, etwa durch Aufdruck auf einer periodisch erstellten Rechnung mitgeteilt. Gleichzeitig wird der Kunde auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens und darauf hingewiesen, dass er berechtigt ist, den Vertrag bis zu diesem Zeitpunkt kostenlos zu kündigen. Dieses Recht ist ausgeschlossen, wenn es zu einer Senkung der Entgelte kommt oder die Entgelte gemäß dem Verbraucherpreisindex bzw. einen allenfalls anders im Vertrag

vereinbarten Index angepasst werden. Wurden mit dem Kunden Rabatte vereinbart, nimmt der Kunde an allfälligen Senkungen der Entgelte nicht teil, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.

5.4 Kosten

Der Kunde hat die Kosten für Entstörungs- und/oder Servicedienste zu übernehmen, sofern sie nicht durch Mängel veranlasst sind, zu deren Beseitigung B.net verpflichtet ist. Stellt sich während einer vom Kunden gewünschten Überprüfung heraus, dass die Dienste durch B.net ordnungsgemäß erbracht worden sind und ein Mangel nicht vorliegt, so trägt der Kunde auch die Kosten für den vergeblichen Einsatz von B.net. Kann eine Störung aus Gründen, die in der Sphäre des Kunden liegen, nicht oder nicht rechtzeitig behoben werden, bestehen gegenüber B.net keinerlei Ansprüche. Der Kunde hat diesfalls der B.net entstandenen Aufwendungen und Kosten zu ersetzen.

6. Abrechnung, Verzug, Aufrechnung

6.1 Abrechnung

Sofern im einzelnen nichts anderes schriftlich vereinbart wurde oder sich aus diesen AGB nichts anderes ergibt, können einmalig zu leistende Entgelte unmittelbar nach Vertragsabschluss bzw. Lieferung, laufende verbrauchsabhängige Entgelte im vorhinein und laufende verbrauchsabhängige Entgelte im nachhinein verrechnet werden. Die Intervalle der periodischen Rechnungslegung betragen dabei längstens drei Monate. Rechnungen sind im Zweifel prompt bei Rechnungserhalt ohne Abzüge fällig. Bei Kauf wird das vereinbarte Entgelt nach erfolgter Installation bzw. nach Versand des Equipments in Rechnung gestellt und ist nach Erhalt der Lieferung und der Rechnung sofort ohne Abzug zur Zahlung fällig, sofern im einzelnen nichts anderes (bei Unternehmern: schriftlich) vereinbart wurde. Der Rechnungsbetrag muss unter Angabe der Rechnungsnummer und der Verrechnungsnummer auf das in der Rechnung angegebene Konto geleistet werden.

6.2 Zahlungsverzug

Bei Zahlungsverzug sind vom Kunden Verzugszinsen in der Höhe von 5,47 % zu entrichten. Die Verzugszinsen werden nach Ablauf von zwei Monaten nach Fälligkeit kapitalisiert. Weiters hat der Kunde pro Korrespondenzstück, das im Zuge der Forderungsbetreibung aufgrund seines Zahlungsverzugs anfällt, ein pauschales Entgelt von € 4,- zu entrichten. Darüber hinaus ist B.net berechtigt, Kostenersatz für die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Mahn- und Inkassospesen zu verlangen, deren Höhe sich aus der Verordnung der zulässigen Gebühren für Inkasso-institute in der jeweils geltenden Fassung oder dem Rechtsanwaltsstarifgesetz ergeben. B.net ist bei Zahlungsverzug entsprechend den Bestimmungen des Telekommunikationsgesetzes 2003 auch berechtigt, den Dienst zu sperren (dies unabhängig vom Recht auf vorzeitige Vertragsauflösung – siehe dazu unter Punkt 9.3), wenn sie den Kunden zuvor unter Androhung einer Dienstunterbrechung oder –abschaltung und unter Setzung einer Frist von mindestens zwei Wochen erfolglos gemahnt hat. Überhaupt kann stets, wenn die fristgerechte Zahlung von Entgeltforderungen von B.net gefährdet erscheint, die weitere Leistungserbringung von einer angemessenen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung abhängig gemacht werden; dies ist insbesondere auch dann der Fall, wenn gegen den Kunden bereits wegen Zahlungsverzug mit Sperre des Anschlusses vorgegangen werden musste, sowie in allen Fällen, die B.net zu einer vorzeitigen Vertragsauflösung berechtigen würden.

6.3 Einwendungen

Einwendungen gegen die in Rechnung gestellten Forderungen sind vom Kunden, innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum schriftlich zu erheben, andernfalls die Forderung als anerkannt gilt. B.net wird Verbraucher auf diese Frist und die bei Nichteinhaltung eintretenden Rechtsfolgen gesondert hinweisen. Sollten sich nach einer Prüfung durch B.net die Einwendungen des Kunden aus Sicht von B.net als unberechtigt erweisen, hat der Kunde binnen einem Monat ab Zugang der Stellungnahme von B.net, bei sonstigem Verlust des Rechtes auf Geltendmachung von Einwendungen, das Schlichtungsverfahren bei der Regulierungsbehörde (Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-GmbH – „RTR“) einzuleiten und binnen eines weiteren Monats nach ergebnislosem Abschluss des Schlichtungsverfahrens den Rechtsweg zu bestreiten. Wünscht der Kunde kein Schlichtungsverfahren, hat er binnen drei Monaten ab Zugang der Stellungnahme von B.net, bei sonstigem Verlust des Rechtes auf Geltendmachung von Einwendungen, den Rechtsweg zu beschreiten. B.net wird Verbraucher auf alle in diesem und dem vorigen Absatz genannten Fristen und die bei deren Nichteinhaltung eintretenden Rechtsfolgen gesondert hinweisen.

6.4 Fälligkeit des Rechnungsbetrages bei erhobenen Einwendungen

Einwendungen hindern nicht die Fälligkeit des Rechnungsbetrages, es sei denn, der Kunde ruft rechtzeitig die zuständige Regulierungsbehörde (RTR) zur Streitschlichtung auf. In diesem Fall wird die Fälligkeit des strittigen Teilbetrages bis

zur Beendigung des Streitbeilegungsverfahrens hinausgeschoben. Ein Betrag, der dem Durchschnitt der letzten drei unbestrittenen Rechnungsbeträge entspricht, ist aber auch diesfalls sofort fällig.

6.5 Entgeltpauschalierung bei Entgeltstreitigkeiten

Falls ein Fehler festgestellt wird und sich das richtige Entgelt nicht ermitteln lässt, hat der Kunde ein Entgelt zu entrichten, welches dem Durchschnitt der letzten drei Rechnungsbeträge bzw. falls die Geschäftsbeziehung noch nicht drei Monate gedauert hat, dem letzten Rechnungsbetrag entspricht.

6.6 Zahlungsverwendung, Aufrechnung

Ungeachtet anders lautender Widmungserklärungen des Kunden ist B.net ermächtigt, eingehende Geldbeträge vorerst zur Abdeckung von aufgelaufenen Kosten, Spesen, Barauslagen, Verzugszinsen und zuletzt für die Tilgung des offenen Rechnungsbetrages heranzuziehen. Zahlungen werden auf die jeweils älteste Forderung (bei gleich alten Forderungen zunächst auf Zinsen und dann auf Entgelte) angerechnet. Diese Bestimmung gilt für Verbraucher insofern nicht, als der Verbraucher dadurch in einem ihm nach dem Gesetz zustehendem Zurückbehaltungsrecht eingeschränkt wäre. Eine Aufrechnung mit Gegenansprüchen gegenüber der B.net ist nur in den gesetzlich gebotenen Fällen (Zahlungsunfähigkeit von B.net, Bestehen von rechtlichem oder tatsächlichem Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten des Kunden, Gegenansprüche, die rechtskräftig gerichtlich festgestellt wurden oder die B.net schriftlich anerkannt hat) gestattet.

7. Gewährleistung

7.1 Gewährleistungsfrist

Die Gewährleistungsfrist für das von B.net veräußerte Equipment beträgt gegenüber Verbrauchern zwei Jahre, in allen anderen Fällen sechs Monate.

7.2 Behebung von Mängeln an veräußertem Equipment

Gewährleistungspflichtige Mängel werden nach Ermessen von B.net entweder durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung behoben. Wandlung oder Preisminderung werden - außer bei Konsumenten - einvernehmlich ausgeschlossen. Gewährleistungsansprüche setzen voraus, dass der Kunde die aufgetretenen Mängel binnen zwei Werktagen schriftlich und detailliert angezeigt hat (Mängelrüge). Verbrauchergeschäfte sind von dieser Regelung ausgenommen.

7.3 Gewährleistungsausschluss bei veräußertem Equipment

Von der Gewährleistung ausgeschlossen sind Mängel, die aus nicht von B.net bewirkter Anordnung und Montage entstehen. Dies gilt nicht, sofern die Selbstmontage durch den Kunden oder Dritte vereinbart war und fachmännisch erfolgte oder im Fall von zulässigen und fachmännisch erfolgten Ersatzmaßnahmen durch den Kunden oder Dritte, weil B.net trotz Anzeige des Mangels ihrer Verbesserungspflicht nicht binnen angemessener Frist nachgekommen ist. Darüber hinaus sind Mängel von der Gewährleistung ausgeschlossen, die aufgrund ungenügender Einrichtung, Nichtbeachtung der Installationserfordernisse und Benützungsbedingungen, unrichtige Behandlung und Verwendung ungeeigneter Betriebsmaterialien entstehen. B.net haftet nicht für Beschädigungen, die auf atmosphärische Entladungen, Überspannungen und chemische Einflüsse zurückzuführen sind. Ebenso haftet B.net nicht für Beschädigungen, die durch Dritte, derer sich B.net nicht zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen bedient, verursacht wurden. Die Gewährleistung bezieht sich nicht auf den Ersatz von Teilen, die einem natürlichen Verschleiß unterliegen, außer ein Mangel war bereits bei Übergabe vorhanden.

8. Haftung

8.1 Umfang der Haftung

Die Haftung von B.net ist für leichte Fahrlässigkeit (außer bei Personenschäden) sowie für Folgeschäden, Schäden aufgrund von Ansprüchen Dritter, Datenverlust oder -veränderung und entgangenen Gewinn ausgeschlossen. Die Haftung von B.net ist für grobe Fahrlässigkeit - sofern im Vertrag nicht anders geregelt - für jedes schadensverursachende Ereignis mit EUR 7.200 und gegenüber allen Kunden pro Schadensfall mit insgesamt EUR 72.000 beschränkt. Übersteigen die geltend gemachten Schadenersatzansprüche, die mehreren Kunden aufgrund desselben Ereignisses zu leisten sind, diese Höchstgrenze, so wird der Schadenersatz im Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadenersatzansprüche zur Höchstgrenze steht. Abweichend davon gilt für Verbraucher: Die Haftung von B.net ist für leichte Fahrlässigkeit (außer bei Personenschäden) ausgeschlossen. Voraussetzung für die Geltendmachung von Ansprüchen gegen B.net ist die unverzügliche und schriftliche detaillierte und konkretisierte Anzeige des Schadens nach Erkennbarkeit des Schadenseintritts. Diese Verpflichtung gilt nicht für Verbraucher.

8.2 Haftungsausschluss hinsichtlich der Verfügbarkeit der Dienste

B.net betreibt die angebotenen Dienste mit höchstmöglicher Sorgfalt, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit. Aus technischen Gründen, insbesondere bei Wartungsarbeiten im Netz der B.net oder eines Partners, ist es jedoch nicht möglich, dass diese Dienste ohne Unterbrechung zugänglich sind, dass die gewünschten Verbindungen immer hergestellt werden können, oder dass gespeicherte Daten unter allen Gegebenheiten erhalten bleiben. B.net behält sich vorübergehende Einschränkungen wegen eigener Kapazitätsgrenzen vor, sofern sie dem Kunden zumutbar sind, insbesondere weil sie geringfügig und sachlich gerechtfertigt sind und auf Gründen beruhen, die nicht in der Sphäre von B.net liegen. B.net übernimmt keine Haftung für Produkte und/oder Dienste, die der Kunde bei Dritten über die Nutzung des Telefoniedienstes erwirbt und/oder in Anspruch nimmt. Es entsteht in diesen Fällen ausschließlich ein Vertragsverhältnis zwischen dem Kunden und den jeweiligen Dritten. Gegenüber Verbrauchern gelten diese Bestimmungen des Punktes 8.2 mit der Einschränkung, dass die allgemeinen Gewährleistungs- und Haftungsbestimmungen gemäß Punkt 7. und 8.1 davon unberührt bleiben.

8.3 Haftungsausschluss bei Eintritt höherer Gewalt/Reparatur- und Wartungsarbeiten

Beim Eintritt höherer Gewalt, wie beispielsweise aber nicht darauf beschränkt Krieg, Streiks, Naturkatastrophen, atmosphärische Entladungen, Unterlassungen oder Interventionen staatlicher Stellen, die mit der Erteilung von Lizenzen, Genehmigungen oder Freigaben befasst sind, einschließlich etwaiger Gesetzesänderungen sowie Verzögerungen bei der Erlangung solcher Lizenzen, Genehmigungen oder Freigaben, Einschränkungen der Leistungen anderer Netzbetreiber, die keine Erfüllungsgehilfen von B.net iSd § 1313a ABGB sind, oder bei Reparatur- und Wartungsarbeiten kann es zu Einschränkungen oder Unterbrechungen bei der Zurverfügungstellung der Dienste kommen. B.net haftet für derartige Ausfälle nicht, sofern sie nicht von ihr vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet wurden. Im Fall von unzumutbar langen Unterbrechungen oder unzumutbaren Einschränkungen bleibt das Recht des Kunden auf Vertragsauflösung aus wichtigem Grund unberührt.

8.4 Haftungsausschluss bei Pflichtverstößen des Kunden/Haftung des Kunden

B.net haftet nicht für Schäden, die der Kunde auf Grund der Nichtbeachtung des Vertrages und seiner Bestandteile, insbesondere dieser AGB, oder durch widmungswidrige Verwendung verursacht hat. Darüber hinaus haftet B.net nicht für Schäden, die durch mangelhafte Geheimhaltung der PIN-Codes durch den Kunden oder durch dessen Weitergabe an Dritte entstehen. Der Kunde haftet für alle daraus resultierenden Schäden, ebenso für Entgeltforderungen sowie sonstige Ansprüche, die aus der Nutzung seines Anschlusses bzw. seiner Zugangsdaten (auch durch Dritte) resultieren, sofern die missbräuchliche Nutzung nicht von B.net zu vertreten ist.

8.5 Haftungsausschluss bei Verletzungen des Kunden durch Dritte

Stehen dem Kunden schadenersatzrechtliche Ansprüche zu, weil er durch von B.net für andere ihrer Kunden gespeicherte Informationen in seinen Rechten verletzt wurde, haftet B.net (unbeschadet aller sonstigen Haftungsbeschränkungen und -ausschlüsse) jedenfalls dann nicht, wenn sie keine tatsächliche Kenntnis von der Rechtsverletzung hat

9. Vertragsdauer und Beendigung des Vertragsverhältnisses

9.1 Vertragsdauer und Kündigungsfrist

Der Vertrag wird, falls nichts anderes vorgesehen ist, auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und ist - sofern keine Vereinbarung über einen Kündigungsverzicht getroffen wurde - unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Monatsletzten (Datum des Einlangens bei B.net bzw. dem Kunden) schriftlich kündbar. Sieht der Vertrag für einen bestimmten Zeitraum einen Kündigungsverzicht vor oder wurde er für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen, so kann der Vertrag durch den Kunden erst aufgekündigt werden, sobald dieser Zeitraum ab Leistungsbeginn vollständig verstrichen ist. Das Vertragsverhältnis verlängert sich in diesem Fall automatisch um ein Jahr, sofern es nicht von einem Teil durch schriftliche Kündigung unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist beendet wird. B.net wird Verbraucher ausdrücklich und rechtzeitig auf ihr Kündigungsrecht und die im Fall der Nichtausübung eintretenden Rechtsfolgen (Vertragsverlängerung) hinweisen. Darüber hinaus steht Verbrauchern bei Verträgen, die auf unbestimmte Zeit oder für einen fixen Zeitraum von über einem Jahr abgeschlossen wurden, gemäß § 15 Abs. 1 KSchG jedenfalls ein gesetzliches Kündigungsrecht unter Einhaltung einer einmonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, danach zum Ablauf jeweils eines halben Jahres zu. Auf dieses Recht werden Verbraucher bereits bei Abschluss des Vertrags gesondert hingewiesen.

9.2 Fristen zur Dienstleistungserbringung

Für die Berechnung von Fristen betreffend einer allenfalls im Vertrag vereinbarten Mindestvertragsdauer, den Zeitraum eines allfälligen Kündigungsverzichts etc. gilt in allen Fällen, wo keine ausdrückliche Angebotsannahme durch B.net erfolgt ist, als Vertragsbeginn der Monatserste nach Beginn der Erbringung der Dienste durch B.net. Dies gilt nicht für das Rücktrittsrecht nach § 3 oder § 5e KSchG, Dienstunterbrechung und außerordentliche Kündigung bei Zahlungsverzug. Die rechtzeitige und vollständige Erfüllung der Zahlungsverpflichtung durch den Kunden ist wesentliche Bedingung für die Erbringung der Dienste durch B.net. B.net ist daher bei Zahlungsverzug, nach erfolgloser Mahnung auf schriftlichem oder elektronischem Wege, unter Setzung einer Nachfrist von zwei Wochen und Androhung der Dienstunterbrechung oder Vertragsauflösung nach seinem Ermessen zur Dienstunterbrechung oder zur Auflösung des Dauerschuldverhältnisses mit sofortiger Wirkung, berechtigt.

9.3 Außerordentliche Kündigung, Dienstauflösung, Sperre bzw. teilweise Sperre aus anderen Gründen

Ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages liegt für B.net neben dem Zahlungsverzug insbesondere dann vor, wenn

- der Dienst aus vom Kunden zu vertretenden Gründen, auch nach Verstreichen einer ihm von B.net gesetzten angemessenen Nachfrist von mindestens zwei Wochen, nicht bereitgestellt werden kann
- der begründete Verdacht der Begehung einer strafgesetzwidrigen Handlung, insbesondere der Missbrauch von B.net erbrachten oder ermittelten Diensten, durch den Kunden besteht, und dieser B.net dadurch der Gefahr von Ansprüchen Dritter auf Unterlassung oder Schadenersatz aussetzt
- der Kunde gröblich oder wiederholt sonstige wesentliche vertragliche Pflichten, insbesondere solche, die der Sicherung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Telekommunikationsnetze oder dem Schutz Dritter dienen,
- über das Vermögen des Kunden ein Insolvenzverfahren eröffnet oder ein Antrag auf Konkurseröffnung mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird. Im Falle der Konkurseröffnung über das Vermögen des Kunden kann die außerordentliche Kündigung durch B.net dadurch abgewendet werden, dass der Masseverwalter das Vertragsverhältnis bis zur rechtskräftigen Aufhebung des Konkurses fortführen will. In diesem Fall hat der Masseverwalter entweder unter Abgabe einer persönlichen Haftungserklärung für alle Entgelte und Schadenersatzansprüche, welche ab der Konkurseröffnung anfallen, oder unter Erbringung einer angemessenen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung, binnen 6 Werktagen ab Konkurseröffnung einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag zu stellen. Ist kein Masseverwalter bestellt, so kann der Kunde unter Erbringung einer angemessenen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung binnen gleicher Frist schriftlich die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses beantragen.
- der Kunde bei Vertragsabschluss unrichtige Angaben oder Umstände verschwiegen hat, deren Kenntnis B.net vom Abschluss des Vertrages abgehalten hätte.

Im Falle einer begründeten außerordentlichen Kündigung durch B.net ist B.net berechtigt, ihre Dienste unverzüglich und ohne Vorwarnung einzustellen und den Kunden vom Netz zu trennen. Dem Kunden stehen diesfalls keinerlei Ansprüche, insbesondere keine Schadenersatzansprüche, zu. B.net kann nach eigenem Ermessen nicht nur mit Vertragsauflösung, sondern auch mit Dienstunterbrechung vorgehen. Weiters ist sie bei Verdacht von Verstößen nicht nur zur gänzlichen sondern auch zur bloß teilweisen Sperre berechtigt. B.net wird sich bemühen, das jeweils gelindeste Mittel anzuwenden. B.net wird den Kunden über die getroffenen Maßnahmen und über deren Grund unverzüglich informieren.

9.4 Kündigungsausschluss bei Lieferantenwechsel

B.net weist darauf hin, dass bei der Erbringung der Telefoniedienste Leistungen von externen Partnern von B.net zugekauft werden. Ein Lieferantenwechsel berechtigt nicht, den Vertrag mit B.net außerordentlich aufzukündigen.

9.5 Entgeltanspruch und Schadenersatz bei außerordentlicher Auflösung bzw. Sperre

Im Falle einer gerechtfertigten außerordentlichen Auflösung, Dienstunterbrechung oder Sperre durch B.net ist der Kunde verpflichtet, das Entgelt für die vertraglich vorgesehene Vertragsdauer bis zu dem Zeitpunkt zu bezahlen, zu dem er den Vertrag hätte frühestens ordentlich kündigen können. Allfällige Schadenersatzansprüche von B.net bleiben davon unberührt. Eine vom Kunden zu vertretende Sperre der Leistungserbringung wird mit EUR 20 vergewährt; darüber hinausgehende Schadenersatzansprüche von B.net bleiben davon unberührt. Im Falle einer begründeten außerordentlichen Kündigung durch B.net wegen Unmöglichkeit der Leistungserbringung durch B.net aus vom Kunden zu

vertretenden Gründen, hat der Kunde B.net die Aufwendungen für bereits durchgeführte Arbeiten zu ersetzen, jedoch nicht über das für die Herstellung der Leistung vereinbarte Entgelt hinaus. Weiters hat der Kunde bei Verschulden für die Zeit zwischen der Erstellung des Anbotes und der betriebsfähigen Bereitstellung der Dienste und der begründeten außerordentlichen Kündigung, das monatliche Entgelt, mindestens jedoch ein volles monatliches Entgelt, zu bezahlen.

9.6 Besonderes Rücktrittsrecht für Konsumenten

Ist der Kunde Konsument im Sinne des KSchG und hat er den Vertrag weder in den Räumlichkeiten von B.net noch bei einem Messe- oder Informationsstand abgeschlossen, kann er innerhalb einer Woche vom Vertrag zurücktreten. Die Frist beginnt mit der Ausfolgung des Vertrages, frühestens jedoch mit dem Vertragsabschluss zu laufen. Der Rücktritt hat schriftlich zu erfolgen und muss innerhalb des oben genannten Zeitraumes an B.net abgesandt werden (Poststempel). Der Kunde hat kein Rücktrittsrecht, wenn er das Geschäft selbst angebahnt hat, bzw. wenn vor dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Vertragsparteien stattgefunden haben.

10. Übertragungsrechte des Kunden

Der gänzliche oder teilweise Eintritt eines Dritten in die Rechte und Pflichten des Kunden aus diesem Vertrag bedarf der vorab einzuholenden schriftlichen Zustimmung von B.net. In diesem Fall haften sowohl der Kunde als auch der Dritte für Entgeltforderungen und sonstige Ansprüche (z.B. Schadenersatzansprüche), die bis zur Übertragung entstanden sind, zur ungeteilten Hand. Für den Fall der Übertragung von Rechten und Pflichten des Kunden an einen Dritten, ist der Kunde verpflichtet, die im Kundenvertrag vorgesehenen Mitwirkungs- und Nebenleistungspflichten auf den Dritten zu überbinden. Der Kunde trägt dafür Sorge, dass der Dritte die Mitwirkungs- und Nebenleistungspflichten einhält. Einwendungen aus seinem Rechtsverhältnis zum Dritten stehen dem Kunden B.net gegenüber nicht zu.

11. Datenschutz

11.1 Kommunikationsgeheimnis und Geheimhaltungspflicht

Die Mitarbeiter von B.net unterliegen dem Kommunikationsgeheimnis gemäß § 93 TKG 2003 und den Geheimhaltungsverpflichtungen des Datenschutzgesetzes; dies auch nach dem Ende der Tätigkeit, welche die Geheimhaltungspflicht begründet hat. Persönliche Daten und Daten der User werden nicht eingesehen. Auch die bloße Tatsache eines stattgefundenen Nachrichtenaustausches unterliegt der Geheimhaltungspflicht, ebenso erfolglose Verbindungsversuche. Der Kunde kann der Verarbeitung personenbezogener Daten widersprechen. Dies steht einer technischen Speicherung oder dem Zugang nicht entgegen, wenn der alleinige Zweck die Durchführung oder Erleichterung der Übertragung einer Nachricht über das Kommunikationsnetz von B.net ist, oder um einem Kunden dem von ihm bestellten Dienst zur Verfügung zu stellen.

11.2 Stammdaten

Auf Grundlage des Datenschutzgesetzes und des TKG 2003 verpflichten sich die Vertragspartner, Stammdaten nur im Rahmen der Leistungserbringung und nur für die im Vertrag vereinbarten Zwecke zu speichern, zu verarbeiten und weiterzugeben. Solche Zwecke sind: Abschluss, Durchführung, Änderung oder Beendigung des Vertrages mit dem Kunden, Verrechnung der Entgelte, Erstellung von Teilnehmerverzeichnissen, Erteilung von Auskunft an Notrufträger gemäß § 98 TKG 2003. Soweit B.net gemäß den Bestimmungen des TKG in der jeweils geltenden Fassung zur Weitergabe der Stammdaten verpflichtet ist, wird sie dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen. B.net wird folgende Stammdaten des Kunden ermitteln und verarbeiten: Vorname, Familienname, akademischer Grad, Wohnadresse, Geburtsdatum, Firma, E-Mail-Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, sonstige Kontaktinformation, Bonität, Informationen über Art und Inhalt des Vertragsverhältnisses, Zahlungsmodalitäten, sowie Zahlungseingänge zur Evidenzhaltung des Vertragsverhältnisses. Stammdaten werden gemäß § 97 Abs 2 TKG 2003 von B.net spätestens nach der Beendigung der vertraglichen Beziehungen mit dem Kunden gelöscht, außer diese Daten werden noch benötigt, um Entgelte zu verrechnen oder einzubringen, Beschwerden zu bearbeiten oder sonstige gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen.

11.3 Verkehrsdaten

B.net wird Zugangsdaten und andere personenbezogene Verkehrsdaten, die für das Herstellen von Verbindungen und die Verrechnung von Entgelten oder aus technischen Gründen sowie zur Überprüfung der Funktionsfähigkeiten von Diensten und Einrichtungen erforderlich sind, insbesondere Source- und Destination-IP sowie sämtliche andere Logfiles aufgrund ihrer gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 99 Abs 2 TKG 2003 bis zum Ablauf jener Frist speichern, innerhalb derer die Rechnung rechtlich angefochten werden kann oder der Anspruch auf Zahlung geltend gemacht werden kann bzw. solange dies aus den genannten technischen

Gründen bzw. zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit erforderlich ist. Im Streitfall wird B.net diese Daten der entscheidenden Einrichtung zur Verfügung stellen. Bis zu einer endgültigen Entscheidung wird B.net die Daten nicht löschen. Ansonsten wird B.net Verkehrsdaten nach Beendigung der Verbindung unverzüglich löschen oder anonymisieren, es sei denn, der Kunde hat seine Zustimmung für eine darüber hinausgehende Verwendung gemäß Punkt 11.7 erteilt. Eine Auswertung eines Teilnehmeranschlusses über die Zwecke der Verrechnung hinaus nach den von diesem Anschluss aus angerufenen Teilnehmernummern wird B.net außer in den gesetzlich besonders geregelten Fällen nicht vornehmen.

11.4 Inhaltsdaten

Inhaltsdaten werden von B.net nicht gespeichert. Sofern aus technischen Gründen eine kurzfristige Speicherung nötig ist, wird B.net gespeicherte Daten nach Wegfall dieser Gründe unverzüglich löschen. Ist die Speicherung von Inhalten zur Erbringung der Dienste notwendig, wird B.net die Daten unmittelbar nach Erbringung des Dienstes löschen.

11.5 Aufnahme in das Teilnehmerverzeichnis

Gemäß § 103 TKG 2003 ist B.net berechtigt aber nicht verpflichtet, ein öffentliches Teilnehmerverzeichnis mit Vor- und Familiennamen, akademischen Grad, Adresse, E-Mail-Adresse und Internet-Adresse sowie auf Wunsch des Teilnehmers mit der Berufsbezeichnung erstellen. Auf ausdrücklichem schriftlichen Wunsch des Teilnehmers hat diese Eintragung ganz oder teilweise zu unterbleiben. Die genannten Daten werden nur für Zwecke der Benützung des öffentlichen Telefoniedienstes verwendet und ausgewertet. B.net wird eine Einteilung von Teilnehmern nach Kategorien nur zur Erstellung und Herausgabe von Teilnehmerverzeichnissen (gemäß § 103 Abs. 1 TKG 2003) vornehmen.

11.6 Möglichkeit der Rufnummernanzeige und Unterdrückung

Der Teilnehmer hat die Möglichkeit, die Anzeige für eingehende und ausgehende Anrufe (ausgenommen bei Notrufen) zu unterdrücken.

11.7 Verwendung von Daten für Vermarktungszwecke, Einverständnis zum Erhalt von Werbung

Der Kunde erteilt seine jederzeit widerrufliche Zustimmung dazu, dass Verkehrsdaten zum Zwecke der Vermarktung von Telekommunikationsdiensten von B.net, insbesondere zur Weiterentwicklung, Bedarfsanalyse, Planung des Netzausbaues und der Verbesserung von Lösungsvorschlägen und Angeboten von Telekommunikationsdiensten sowie zur Bereitstellung von Diensten mit Zusatznutzen von B.net verwendet werden dürfen. Der Kunde erklärt sich einverstanden, von B.net Werbung und Informationen betreffend Produkte und Services von B.net sowie von ihren Geschäftspartnern in angemessenem Umfang zu erhalten. Dabei bleiben die Daten des Kunden ausschließlich bei B.net. Der Kunde kann diese Einverständniserklärung jederzeit widerrufen. B.net wird dem Kunden bei jeder Kontaktaufnahme die Möglichkeit einräumen, den Empfang weiterer Nachrichten abzulehnen.

11.8 Überwachung des Fernmeldeverkehrs

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass B.net gemäß § 94 TKG 2003 verpflichtet sein kann, an der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung teilzunehmen. Der Kunde nimmt weiters die Bestimmungen des E-Commerce-Gesetz („ECG“) zur Kenntnis, wonach B.net unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt und verpflichtet ist, Auskünfte betreffend den Kunden zu erteilen.

12. Datensicherheit

B.net wird alle technisch möglichen und zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um die bei ihm gespeicherten Daten zu schützen. Sollte es einem Dritten auf rechtswidrige Art und Weise gelingen, bei B.net gespeicherte Daten in seine Verfügungsgewalt zu bringen bzw. diese weiter zu verwenden, so haftet B.net dem Kunden gegenüber nur bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten. Für Verbrauchergeschäfte gilt: die Haftung von B.net ist ausgeschlossen, wenn diese oder eine Person, für welche sie einzustehen hat, Sachschäden bloß leicht fahrlässig verschuldet hat.

13. Besondere Bestimmungen für Telefonie-Anschlüsse über Kabel

13.1 Überprüfung der technischen Realisierbarkeit

Nach Erhalt des Anmelde- bzw. Bestellformulars durch den Kunden, wird B.net die technische Realisierbarkeit eines Telefonie-Anschlusses über Kabel beim Kunden überprüfen. Stellt sich im Zuge dieser Überprüfung heraus, dass die Errichtung aufgrund technischer Gegebenheiten nicht möglich ist, wird B.net dies dem Kunden ohne Verzug mitteilen. Der Kunde kann daraus keinerlei Ansprüche gegen B.net ableiten. Festgehalten wird, dass der Vertrag zwischen B.net und dem Kunden erst mit Freischaltung des Telefonie-Anschlusses über Kabel durch B.net zustande kommt.

13.2 Anschlussbedingungen

B.net stellt den Anschluss zu den Bestimmungen gemäß Entgeltbestimmungen bis zum vereinbarten Zugangspunkt zur Verfügung. Der Zugangspunkt ist die Signal- und Eigentumsgrenze, das ist bei Einfamilienhäusern die Grundstücksgrenze und bei Mehrfamilienwohnungen der Signalverstärker im Stiegenhaus. Um die technischen Voraussetzungen zum Empfang der Netzdienste zu gewährleisten, dürfen zum Empfang der Netzdienste nur von der B.net zur Verfügung gestellte bzw. autorisierte Geräte verwendet werden. Störende oder nicht behördlich zugelassene Endgeräte dürfen nicht verwendet werden.

13.3 Bereitstellung der Dienste

Für die Bereitstellung der Dienste bedient sich B.net der dafür notwendigen Einrichtungen, die von ihr oder von einem Dritten installiert und gewartet werden. Der Kunde ermöglicht B.net und von ihr beauftragten Dritten die Installation, Wartung, Änderung oder Demontage von B.net Einrichtungen (z.B. Modems, Verstärker, Abzweiger).

13.4 Haftungserstreckung bei Internet-Anschlüssen über Kabel

Die Haftung im Sinne der Punkte 8.1 bis 8.6 endet mit der Signalübergabe gemäß Punkt 18.2. Für Leistungsunterbrechungen bzw. Leistungsausfälle hinter der Eigentums- bzw. Signalgrenze, im Besonderen bei Hausinstallationen, haftet B.net nicht.

14. Sonstiges

14.1 Anwendbares Recht

Die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen B.net und Kunden einschließlich dieser AGB unterliegen dem österreichischen Recht mit Ausnahme des UN-Kaufrechts und nicht zwingender Verweisungsnormen.

14.2 Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Eisenstadt; für Verbraucher gilt gemäß § 14 KSchG der Gerichtsstand des Wohnsitzes, des gewöhnlichen Aufenthaltes oder des Ortes der Beschäftigung.

14.3 Streitbeilegung

Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte können Kunden Streit- und Beschwerdefälle (betreffend die Qualität des Dienstes, Zahlungsstreitigkeiten, die nicht befriedigend gelöst worden sind, oder eine behauptete Verletzung des TKG 2003) der RTR vorlegen. B.net ist verpflichtet, an einem solchen Verfahren mitzuwirken und alle zur Verurteilung der Sachlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie erforderliche Unterlagen vorzulegen. Die RTR hat eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen oder den Parteien ihre Ansicht zum herangetragenen Fall mitzuteilen.

14.4 Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts für Kunden

Rechte des Kunden, seine vertraglichen Leistungen nach § 1052 ABGB zur Erwirkung oder Sicherstellung der Gegenleistung zu verweigern, sowie alle anderen gesetzlichen Zurückbehaltungsrechte sind ausgeschlossen. Diese Bestimmung gilt nicht für Verbraucher.

14.5 Schriftform für Änderungen und Ergänzungen dieser AGB

Änderungen und Ergänzungen dieser AGB sowie des Vertrags und allfälliger sonstiger Vertragsbestandteile bedürfen, ausgenommen von Verbrauchergeschäften im Sinne des KSchG, der Schriftform. Dies gilt auch für eine Abänderung des Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden sind, Verbrauchergeschäfte im Sinne des KSchG ausgenommen, soweit dies gesetzlich zulässig ist, unwirksam.

14.6 Schriftform für Mitteilungen des Kunden

Alle Mitteilungen und Erklärungen des Kunden, welche das Vertragsverhältnis betreffen, müssen schriftlich erfolgen. Einfache Produktänderungen werden gegebenenfalls auch per elektronischer Mail akzeptiert. Die Kunden nehmen zur Kenntnis, dass solche Bestellungen per elektronischer Mail ein Vertragsverhältnis begründen.

14.7 Adressänderungen, Zugang von elektronischen Erklärungen

Der Kunde hat Änderungen seines Namens oder seiner Anschrift B.net umgehend schriftlich mitzuteilen. Erfolgt keine Änderungsmeldung, gelten Schriftstücke als dem Kunden zugegangen, wenn sie an die vom Kunden zuletzt bekannt gegebene Adresse gesandt wurden. Wünscht der Kunde im Fall von Namensänderungen, die nicht rechtzeitig bekannt gegeben wurden, die Ausstellung einer neuen Rechnung, wird B.net diesem Wunsch nach Möglichkeit entsprechen. Dies hindert jedoch keinesfalls die Fälligkeit der ursprünglichen Rechnung. Elektronische Rechnungen gelten als zugegangen, wenn sie an die vom Kunden zuletzt bekanntgegebene e-

mail Adresse gesendet wurden; bei Verbrauchern gilt sie erst dann als zugegangen, wenn sie vom Verbraucher unter gewöhnlichen Umständen abgerufen werden kann.

14.8 Europäische Notrufnummer

Auf das Bestehen der europäischen Notrufnummer 112 wird hingewiesen.

14.9 Salvatorische Klausel

Ist eine Bestimmung des Vertrages oder eines seiner Bestandteile ganz oder teilweise unwirksam, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die ihrem Sinn und Zweck nach, der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Dies gilt nicht, würde das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Vertragspartei darstellen. Bei Vertragsverhältnissen, die dem KSchG unterliegen bedarf es hierbei einer konkreten Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien.